



---

## Niederschrift

### über die 2. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Sport und Soziales am 21.09.2010 im Rathausaal, Marktstraße 2

Zu der auf heute, 18:30 Uhr, ordnungsgemäß geladenen Sitzung des Ausschusses für Jugend, Sport und Soziales sind die untenstehend aufgeführten Ausschussmitglieder in beschlussfähiger Anzahl erschienen:

#### Anwesend:

##### **Vorsitzender: Volker Helms**

##### **die Mitglieder:**

Elisabeth Klennert  
Manuel Tavares  
Gisela Lause  
Frank Sommer  
Heinrich Stute

##### **Sachkundige Bürger:**

Anke Fromme  
Sven Fischer  
Yurdanur Gemici für Johannes Lütkehaus

##### **Nicht anwesend:**

Marcel Nunne  
Ralf Eichmann

##### **Von der Verwaltung sind anwesend:**

StOAR Wilhelm Meyer  
StA Gerhard Engelmann

##### **Gäste:**

Daniela Fichter, Ehrenamtsbörse „Steinheimer Brücke“  
Florian Selle, Jugendsozialarbeiter  
Pastor Ulrich Beimdiek, Ev. Kirchengemeinde  
Bernd Behling, Ratsmitglied  
Johannes Meyer, Ratsmitglied

Beginn der Sitzung: 18:30 Uhr

Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

## A. Öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Helms, begrüßt zunächst die anwesenden Ausschussmitglieder, die Gäste sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der Vorsitzende den Ausschuss um Zustimmung, die Tagesordnung um den Punkt B 1 im nichtöffentlichen Teil zu erweitern. Die Ausschussmitglieder erklären sich damit einverstanden.

### **1. Information über die Einführung der Ehrenamtskarte im Kreis Höxter als Anerkennung für das ehrenamtliche Engagement**

Fachbereichsleiter Wilhelm Meyer führt aus, dass bürgerschaftliches Engagement Anerkennung und Würdigung verdiene. Wer sich ehrenamtlich und freiwillig engagiere, tue viel für andere und gebe Zeit, Zuwendung, Kompetenzen und oft genug auch Geld. Dieser hohe Einsatz sei nicht selbstverständlich. Deshalb habe die nordrhein-westfälische Landesregierung die Ehrenamtskarte eingeführt. Die Ehrenamtskarte drücke Dank und Wertschätzung für den ehrenamtlichen Einsatz der Bürgerinnen und Bürger aus und verbinde die Würdigung mit einem praktischen Nutzen. Menschen, die sich in besonderem zeitlichem Umfang für das Gemeinwohl engagieren, können mit der Karte öffentliche, gemeinnützige und private Einrichtungen vergünstigt nutzen.

Die Ehrenamtskarte wurde vom Land NRW initiiert. Partner seien die Kommunen, denn Ehrenamt finde vor Ort statt. Bereits verliehene Karten zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements (z. B. Jugendleitercard) stehen der Aushändigung der Ehrenamtskarte NRW nicht entgegen und sollen auch gegenseitig keine Konkurrenz darstellen.

Nach Vorberatung in der Bürgermeister-Konferenz sei vorgeschlagen worden, die Ehrenamtskarte kreisweit durch die Kreisverwaltung einzuführen. Der Verwaltungsaufwand werde nach Erfahrungswerten des Kreises Lippe mit dem vorhandenen Personal als leistbar angesehen. Der Kreistag habe in seiner Sitzung am 24.06.2010 einstimmig entschieden, die Ehrenamtskarte NRW gemeinsam mit den zehn Städten einzuführen.

Für die Stadt Steinheim bestehe nunmehr die Aufgabe darin, entsprechende Vergünstigungen einzuwerben und sich soweit möglich auch selbst daran zu beteiligen. Für die bereits seitens der Stadt Steinheim unterstützte Jugendleitercard und im Rahmen des Familienpasses werden u.a. folgenden Vergünstigungen eingeräumt:

- kostenfreier Eintritt in das städtische Freibad und
- Ermäßigung von 50 v.H. auf die Eintrittsgelder zu städt. kulturellen Veranstaltungen

Herr Meyer schlägt vor, die vorgenannten Vergünstigungen auch für Inhaber der Ehrenamtskarte zu gewähren. Ferner wird versucht, unter Beteiligung der Stadtmarketing Gesellschaft weitere Vergünstigungen für die Inhaber der Ehrenamtskarte bei den Gewerbetreibenden einzuwerben.

Im Anschluss an seine Ausführungen beantwortet Herr Meyer Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales empfiehlt einstimmig dem Rat, die seitens des Kreistages Höxter beschlossene kreisweite Einführung der Ehrenamtskarte NRW zu unterstützen. Den Inhabern dieser Karte sollten folgende Vergünstigungen eingeräumt werden:

1. kostenfreier Eintritt in das städtische Freibad und
2. Ermäßigung von 50 v. H. auf die Eintrittsgelder zu städt. kulturellen Veranstaltungen

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, weitere Vergünstigungen von privaten Einrichtungen bzw. Vereinen einzuwerben.

## **2. Vortrag von Frau Fichter über die Gründung und die Arbeit der Ehrenamtsbörse „Steinheimer Brücke“**

Frau Fichter führt aus, dass die Ehrenamtsbörse im ersten halben Jahr gut angelaufen sei. Es habe bereits 9 Vermittlungen gegeben. Insbesondere Ausgehbegleitungen und Fahrdienste werden häufig nachgefragt. Bei handwerklichen Tätigkeiten sei die Nachfrage geringer als erwartet.

Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bezeichnet Frau Fichter als ausgeglichen. 20 ehrenamtliche Mitarbeiter bieten derzeit ihre Hilfe an, davon seien 7 in einer festen Patenschaft, die das angebotene Zeitkontingent voll ausschöpfe.

Zur Organisation der Ehrenamtsbörse teilt Frau Fichter mit, dass sie sich mit Frau Siekmann und Frau Hornemann den „Innendienst“ teile. Der „Außendienst“ wird ausgeübt von den übrigen ehrenamtlichen Mitarbeitern. Vorrangiges Ziel der Ehrenamtsbörse sei die Verbesserung der Lebensqualität der Senioren in Steinheim einschließlich der dazugehörigen Ortschaften.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Der Ausschussvorsitzende dankt für die Informationen und lädt Frau Fichter ein, regelmäßig im Ausschuss zum Fortgang des Projektes zu berichten.

## **3. Vorstellung des neuen Jugendsozialarbeiters Florian Selle. Bericht über sein Konzept, seine bisherige Arbeit in Steinheim und die zukünftige Planung**

Herr Selle stellt kurz seinen persönlichen und beruflichen Werdegang vor. Als Streetworker betrachte er sich in gewisser Weise als Anwalt der Jugendlichen.

Anschließend gibt er einen Überblick über die in der Öffentlichkeit in erster Linie wahrgenommenen Probleme mit Jugendlichen und über seine Sicht der Schwerpunkte der Jugendsozialarbeit in Steinheim. Als Ziele, deren Erreichung er mit seiner Tätigkeit anstrebt, nennt er

- regelmäßige Gruppen in den Bereichen Politik, Sport, Freizeitgestaltung einrichten
- Jugendliche aktiv in seine Arbeit mit einbeziehen
- Deeskalationstraining anbieten
- Workshops organisieren, z.B. in den Bereichen Hip Hop oder evtl. Graffiti
- Vernetzung der Jugendsozialarbeit mit anderen Anbietern (z.B. Vereine)
- Präventionsarbeit (Gewaltprävention, Alternativen zum Alkoholkonsum bieten)
- die Einrichtung eines städt. Jugendtreffs

Im Anschluss an seine Ausführungen beantwortet Herr Selle Fragen der Ausschussmitglieder.

Zum Vorschlag der Einrichtung eines städt. Jugendtreffs wird eine Sitzungsvorlage mit folgendem Inhalt verteilt:

„Ein ehemaliger Steinheimer Geschäftsmann hat sich nach Gesprächen mit der Stadt Steinheim dazu bereit erklärt, seine ehemaligen Geschäftsräume in der Innenstadt der Jugendarbeit mietfrei zur Verfügung zu stellen.

Das Angebot beinhaltet auch die 4-5 Parkplätze hinter dem Haus.

Es handelt sich hierbei um Räumlichkeiten mit einer Größe von ca. 120 m<sup>2</sup>, die sich auf zwei große und drei kleine Räume aufteilen. Die großen Räume können als Treffpunkt für

Jugendliche genutzt werden, die dort ihre Freizeit gestalten können. Die Räume sind ausreichend groß, so dass sich dort ca. 30 Jugendliche gleichzeitig aufhalten können.

Die drei kleinen Räume können insofern genutzt werden, als dass in ihnen eine "Werkstatt", ein Büro für den Sozialarbeiter und ein Lagerraum eingerichtet werden könnten.

Das Schaufenster bietet die Möglichkeit, die Jugendlichen und die Steinheimer Bürger über Angebote und erfolgte Aktionen zu informieren.

Die Räume sind in einem allgemein guten Zustand. Kleine Renovierungsarbeiten können von den Jugendlichen selbst ausgeführt werden. Hierbei geht es vor allem um kleine Spachtelarbeiten und das Streichen der Räume.

Das Haus bietet die Möglichkeit, die offene Jugendarbeit städtisch zu betreiben und sie nicht konfessionell zu binden, um allen Jugendlichen eine niedrigschwellige Anlaufstelle zu bieten.

Die Räumlichkeiten könnten zunächst von den Jugendlichen selbständig renoviert werden, zum einen um Kosten zu sparen und zum anderen um die Jugendlichen mit in das Projekt einzubeziehen. Dies könnte den positiven Effekt zur Folge haben, dass sich die Jugendlichen mehr mit der Einrichtung identifizieren und die Räumlichkeiten pfleglicher behandeln.

Nach der Renovierung, die nur als erster Schritt gesehen werden kann, könnten folgende Angebote in dem offenen Treff stattfinden:

- Allgemeiner offener Treff mit Billard, Kicker, Sitzecke etc.
- Treffen von Interessengruppen (Jugendliche mischen mit Gruppe)
- Gruppenangebote zu verschiedenen inhaltlichen Themen
- Sprechzeiten des Sozialarbeiters
- Allgemeine Beratungsangebote
- Sprachkurse
- Verschiedene Workshops: Handwerkliche Workshops, Hip-Hop-Workshops, Musik-Workshops, Computerkurse etc.

In erster Linie soll der offene Treff in den Abendstunden geöffnet haben, um den Jugendlichen eine Alternative zu ihrer bisherigen Freizeitgestaltung zu bieten.

Der offene Treff soll jedoch ausschließlich geöffnet sein, wenn eine Aufsichtsperson anwesend ist. Erster Ansprechpartner ist hier der Sozialarbeiter. Dieser wird aber auch versuchen ein Netz von Ehrenamtlichen aufzubauen, welches eine hohe Anzahl von Öffnungszeiten gewährleisten soll.

Konzeptionelle Inhalte müssen hier noch in Zukunft geklärt werden. Ein Rauchverbot gilt für das gesamte Gebäude.“

Frau Lause sieht durch den Vorschlag den offenen Jugendtreff am Donnerstag im Ev. Gemeindezentrum massiv gefährdet und bittet um eine schriftliche Bestätigung durch die Stadt, dass Herr Selle dort auch weiterhin einen Teil seiner Arbeitszeit im bisherigen Umfang einbringt. Hieran entzündet sich eine intensive Diskussion, in deren Verlauf Frau Lauses Wunsch äußerst kontrovers diskutiert wird. Im Tenor wird dagegen gehalten, dass man eine solche Festlegung nicht treffen könne, da nicht absehbar sei, wie das Donnerstag-Angebot zukünftig angenommen werde. Herr Selle müsse die Freiheit haben, die Aufteilung seiner Arbeitszeit den aktuellen Erfordernissen anpassen zu können.

Ausschussvorsitzender Helms sieht in dem städtischen Jugendtreff weniger eine Konkurrenz als ein zusätzliches Angebot zum offenen Treff im Ev. Gemeindezentrum. Herr Fischer ergänzt, dass bei Befragungen der Jugendlichen in der Vergangenheit häufig das Fehlen eines von der Stadt betriebenen Jugendraumes beklagt worden sei.

Herr Sommer weist auf mögliche negative finanzielle Auswirkungen auf die Jugendarbeit der Ev. Kirchengemeinde hin, wenn städtische Angebote den Zulauf und in der Folge die Öff-

nungszeiten des Ev. Gemeindezentrums verringern. Er schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen und Herrn Pastor Beimdick das Wort zu erteilen. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Herr Beimdick trägt vor, dass die Ev. Kirchengemeinde im Bezug auf die Jugendarbeit förder-technisch als „mittlere Einrichtung der Jugendarbeit“ eingestuft sei. Als solche erhalte man insgesamt Fördermittel von rd. 11.000 € pro Jahr. Hierfür erforderlich sei jedoch ein gewisses Maß an Öffnungszeiten. Könnten einzelne Angebote durch die Konkurrenz eines städtischen Jugendtreffs nicht aufrecht erhalten werden, drohe ein Teil der Förderung wegzufallen, was ausgesprochen negative Auswirkungen auf die gesamte Finanzierung des Gemeindezentrums habe.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung schlägt Herr Sommer vor, über finanzielle und weitere Details im nichtöffentlichen Teil der Sitzung weiter zu diskutieren. Dem stimmt der Ausschuss zu.

#### **4. Informationen der Verwaltung**

##### **a) Hallenbelegungspläne im Internet**

Herr Engelmann teilt mit, dass die Sporthallen-Belegungspläne vor den Sommerferien in Abstimmung mit den Vereinen aktualisiert wurden. Die Pläne seien nun auch auf der Internetseite der Stadt Steinheim veröffentlicht (unter [www.steinheim.de](http://www.steinheim.de), Freizeit und Tourismus, Sport).

Der Ausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

##### **b) Stand der Planungen für die Erneuerung des Kunstrasenplatzes**

Die Verwaltung informiert den Ausschuss, dass die Arbeiten gemäß Vergaberichtlinien der Stadt Steinheim vom Ing.-Büro Schierenberg, Detmold, beschränkt ausgeschrieben wurden. 5 Firmen reichten ihr Angebot ein. Die Auswertung der Unterlagen durch das Ing.-Büro ergab, dass die Fa. Rathert, Höxter, Mindestbietender war. Der Bau- und Planungsausschuss hat in seiner Sitzung am 14.09.2010 den Beschluss gefasst, den Auftrag an die Fa. Rathert zu erteilen. Die Fa. Heiler, Bielefeld, hat am 16.09.10 gegen die Vergabe bei der Vergabeprüfstelle Einspruch eingelegt. Das Projekt wird aus Mitten des Konjunkturpaketes II finanziert. Hierfür sind 350.000 € im Haushalt eingestellt.

Zwischenzeitlich haben die einheimischen Sportvereine (insbesondere TSC Steinheim, SV 21 Steinheim und SV 30 Bergheim) unter Mithilfe des städtischen Bauhofes den alten Kunstrasenbelag aufgenommen und diesen auf dem Vorplatz zwischengelagert. Für den Belag haben sich bereits weitgehend Abnehmer gefunden. Größtenteils soll der alte Belag zum Bau von Paddocks und Reitplätzen im Unterbau eingesetzt werden.

Sobald eine Entscheidung der Vergabeprüfstelle des Kreises Höxter vorliegt, sollen die Arbeiten beauftragt bzw. begonnen werden. Ziel ist die Fertigstellung noch in diesem Jahr. Als Bauzeit sind 8-10 Wochen vorgesehen, sofern die Witterungsverhältnisse einen reibungslosen Bauablauf zulassen (zum Einbau der Elastiktragschicht und der Verklebung der Bahnen sind Mindesttemperaturen erforderlich).

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**c) Stand der geplanten Erweiterung des Kindergartens Bergheim um einen Anbau für die U 3-Betreuung**

Herr Meyer trägt den bisherigen Verlauf der Beantragung von Zuschussmitteln zur Erweiterung des Kindergartens Bergheim Ende 2009 vor. Auf mehrmaliges Nachfragen im Laufe des Jahres 2010 hin hat das Kreisjugendamt nunmehr mitgeteilt, dass dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe insgesamt 22 Maßnahmen zur Förderung gemeldet wurden, von denen bisher lediglich 6 Maßnahmen genehmigt sind. Anscheinend stehen für 2010 nicht ausreichend Mittel zur Verfügung.

Das Land habe angekündigt, in den nächsten Tagen eine Abfrage bei den Jugendämtern zur Jugendhilfeplanung durchzuführen und die weitere Vorgehensweise sowie die Bewilligung der übrigen Maßnahmen mit den Jugendämtern abzustimmen.

Herr Meyer hofft, dass eine Bewilligung bis Ende des Jahres 2010, spätestens jedoch Anfang 2011 vorliegt.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Protokollführer

gez. Engelmann

Vorsitzender

gez. Volker Helms